

Hamburg, den 24.02.2016

PRESSEINFO

Zur Ankündigung des Bundesverkehrsministers, **Alexander Dobrindt**, eine Gesetzesinitiative zum Verbot von Waggons mit Grauguss-Bremssohlen auf deutschen Schienen zu ergreifen, erklärt VPI-Vorsitzender **Malte Lawrenz**:

"Wir begrüßen, dass Minister Dobrindt dafür sorgen möchte, dass ab Ende 2020 nur noch leise Güterwagen auf Deutschlands Schienen rollen. Allerdings haben wir Zweifel, ob der Weg eines Verbotes von Waggons mit Grauguss-Bremssohlen erfolgversprechend ist. Wir befürchten, dass ein schlichtes Verbot gegen die Freizügigkeit innerhalb Europas verstößt und damit auch gegen EU-Recht. Ein entsprechendes Rechtsgutachten, das wir jüngst in Auftrag gegeben haben, bestätigt diese Einschätzung.

Mit einem solchen Gesetzgebungsverfahren und der darauf mit Sicherheit folgenden EU-Klage wird wertvolle Zeit verschwendet. Ausländische Halter dürften darauf setzen, dass Sie Ende 2020 nicht mit wirklich mit einem Verbot konfrontiert sein werden. Es droht Aussitzen statt Umrüsten bei den ausländischen Haltern.

Der VPI schlägt vor, stattdessen auf eine spürbare Spreizung der Trassenpreise zu setzen: 30 Prozent Differenz für laute und leise Waggons ab Ende 2020. Sofort veröffentlicht würde dies Vorhaben ausländische Wagenhalter motivieren, umgehend mit der Umrüstung zu beginnen. Das Betreiben lauter Wagons wäre so ab Ende 2020 für sie unwirtschaftlich. Der Charme dieser Lösung liegt darin, dass sie über einen monetären Anreiz funktioniert, nicht mit EU-Recht kollidiert und sofort Wirkung entfaltet."

Für Rückfragen:

Jürgen Tuscher, Geschäftsführer VPI,

Tel: 040- 22 659 21-0, mobil: 0176-103 15 197

Kerstin Domscheit, Öffentlichkeitsarbeit VPI,

Tel: 040- 419 12 670, mobil: 0160-15 27 533